

Anna Conrads
MdL

**Fraktion im Landtag
Nordrhein-Westfalen**
Platz des Landtages 1
40221 Düsseldorf

Telefon 0211 / 884 – 4610
Telefax 0211 / 884 - 3702

Anna.Conrads@landtag.nrw.de
www.linksfraktion-nrw.de

Duisburg, 6.5.2011

**Ihr Offener Brief zum geplanten Gesetz zur „Leistungssteigerung der
arbeitsmarktpolitischen Instrumente“**

Sehr geehrter Herr Pastor Kiepe-Fahrenholz, sehr geehrter Herr Schilling,

vielen Dank für Ihren Offenen Brief, den wir mit großem Interesse gelesen haben.

Wir teilen Ihre Empörung darüber, dass es zum so genannten Sparpaket der Bundesregierung gehört, ausgerechnet die Mittel für die Leistungen zur Eingliederung in Arbeit für Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld II drastisch zu kürzen. Wir teilen auch Ihre Sorge, dass die nun von der Bundesregierung vorgesehene neuerliche „Instrumentenreform“ nichts zur Verbesserung der Arbeitsmarktchancen der Menschen, die seit längerer Zeit aus dem Arbeitsmarkt ausgegrenzt sind, beitragen werden, sondern die Ausgrenzung eher verschärfen werden.

Allerdings hält DIE LINKE nicht erst die Arbeitsmarktpolitik der derzeitigen Bundesregierung für völlig verfehlt. Wir kritisieren scharf, dass spätestens mit den so genannten Hartz-Gesetzen – entsprechende Weichenstellungen gab es ja schon lange vorher – der Niedriglohnsektor, prekäre Beschäftigung sowie Leiharbeit ausgebaut und die Rechte von Erwerbslosen nahezu abgeschafft wurden. Wir können auch nicht erkennen, dass die so genannten arbeitsmarktpolitischen Instrumente der vergangenen Jahre einen nennenswerten Beitrag zur Integration von seit längerer Zeit erwerbslosen Menschen in den Arbeitsmarkt geleistet hätten. Unsere Kritik gilt auch den so genannten Arbeitsgelegenheiten oder „Ein-bis-zwei-Euro-Jobs“, die nachgewiesenermaßen manche reguläre Beschäftigung verdrängt beziehungsweise deren Schaffung verhindert haben, aber kaum einem Erwerbslosen als Brücke in den ersten Arbeitsmarkt gedient haben.

Wohl wissen wir, dass zahlreiche Ein-Euro-Jobber/-innen solche Jobs freiwillig ausgeübt haben und ausüben und ihre Kurzfristigkeit bedauert haben und bedauern. Wir wissen aber auch, dass die Gründe hierfür in der Hauptsache darin bestehen, dass die Jobs wenigstens eine kleine Aufbesserung des – wie sie ja auch feststellen – „nicht armutsfesten“ Arbeitslosengeldes II bedeuten und dass sie, wenn es gut geht, den Jobinhaber/-innen soziale Kontakte und das Gefühl, gebraucht zu werden, vermitteln. Die Funktion, die Ein-Euro-Jobs für die Menschen haben, würde also von armutsfester Grundsicherung und von guter regulärer Erwerbsarbeit noch viel besser erfüllt.

DIE LINKE kritisiert die weitere Kürzung der Mittel für die aktive Arbeitspolitik vor allem deshalb, weil das bedeutet, dass Bezieher/-innen von Arbeitslosengeld II künftig noch weniger berufsqualifizierende Fort- und Weiterbildung gewährt werden wird, als es in den vergangenen Jahren schon der Fall war. Viele ALG II-Bezieher/-innen wünschen sich solche berufsqualifizierende Fort- und Weiterbildung, die freilich auch mit guten betrieblichen Praktika verbunden sein muss, vergeblich.

Uns ist bekannt, dass Beschäftigungsträger in diesem Zusammenhang gerne darauf verweisen, dass es unter den Langzeit-Erwerbslosen viele Menschen gäbe, die aufgrund ihrer sehr schlechten Bildungsvoraussetzungen und ihrer multiplen Problemlagen an beruflicher Fort- und Weiterbildung nicht teilnehmen könnten. Dem halten wir entgegen, dass es von der Konzeption von Bildungsangeboten abhängt, wen sie wo „abzuholen“ und zu integrieren in der Lage sind.

Wir stehen auch den Forderungen nach einem öffentlich geförderten Zweiten Arbeitsmarkt kritisch gegenüber. Freilich wiesen unbefristete und sozialversicherungspflichtige Beschäftigungsverhältnisse schon in eine etwas bessere Richtung als Arbeitsgelegenheiten mit Mehraufwandsentschädigung. Aber aus unserer Sicht muss es insbesondere auch darauf ankommen, dass solche Arbeitsverhältnisse mit tariflicher, existenzsichernder und vor Altersarmut schützender Entlohnung verbunden sind. Unser Ziel sind nicht sozialrechtliche, sondern arbeitsrechtliche Arbeitsverhältnisse.

Aus unserer Sicht bedarf es neben dem Ersten keines Zweiten Arbeitsmarktes, sondern wir brauchen **einen** Arbeitsmarkt, auf dem auch Menschen, die weniger leistungsfähig sind und/oder in deren (Erwerbs-)Biografie es Brüche gab, ihren Platz finden. Zur Wieder-Herstellung eines solchen Arbeitsmarktes müsste vor allem der gravierende Stellenabbau, der seit 20 Jahren im öffentlichen Dienst stattfindet, rückgängig gemacht werden. Darüber hinaus ist eine Arbeitszeitpolitik notwendig, die die vorhandene Erwerbsarbeit umverteilt. Statt lange Arbeitszeiten für die Einen und gar keine oder zu wenig Arbeit für die Anderen, muss die vorhandene Arbeit gerechter verteilt werden. Das bedeutet, dass die Arbeitszeit für Vollzeitbeschäftigte verkürzt und Überstunden begrenzt werden müssen. Auf der einen Seite gibt es in allen Bereichen des Arbeitsmarktes immer mehr Menschen, die mehr als 40 Stunden/Woche arbeiten und kaum Zeit für die Familie oder die eigene kulturelle Weiterentwicklung haben und krank werden. Auf der anderen Seite werden immer mehr Menschen, die keine Arbeit bekommen, systematisch von sozialer, wirtschaftlicher und kultureller Teilhabe ausgeschlossen. Die Arbeitszeit zu reduzieren, ist für DIE LINKE ein zentrales Instrument gegen Arbeitslosigkeit und für den Erhalt von Arbeitsplätzen. Wir treten für eine Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnverzicht ein.

Denn solange das Missverhältnis zwischen dem Angebot an und der Nachfrage nach Arbeitskräften so groß ist, wie wir es seit Jahrzehnten kennen, werden sich Kriterien finden, anhand derer ein Teil der Arbeitskräfte vom Arbeitsmarkt ausgeschlossen wird. Und je länger ein solcher Ausschluss andauert, desto mehr übernehmen die Ausgeschlossenen die ihnen zugeschriebenen Defizite in ihr Selbstbild und in ihre Verhaltensmuster. Schließlich hängt das Selbstbild des Menschen sehr fundamental davon ab, was andere Menschen und die Gesellschaft von ihm erwarten und ihm zutrauen.

Sie werden uns nun vielleicht entgegenhalten, dass zumindest die zahlreichen Erwerbslosen, die drogenabhängig oder psychisch erkrankt sind, auf dem regulären Arbeitsmarkt überfordert seien. Dieses Problem verkennen wir nicht, sind aber überzeugt, dass hier in erster Linie die Gesundheitspolitik gefordert ist. Erwerbsarbeit oder ihr Ersatz durch eine Beschäftigung auf einem so genannten Zweiten Arbeitsmarkt kann nicht die fehlende oder untaugliche Behandlung seelischer Erkrankungen ersetzen.

Als das BSHG und die Arbeitslosenhilfe nach dem SGB III abgeschafft wurden und das SGB II eingeführt wurde, haben Wissenschaftler von Anfang darauf hingewiesen, dass viel zu viele ehemalige Bezieher/-innen von Leistungen nach dem BSHG in das SGB II-Regime überführt worden sind, obwohl sie effektiv nicht erwerbsfähig sind. Mit der zunehmenden Erschwerung der

DIE LINKE. Fraktion im Landtag Nordrhein-Westfalen
Platz des Landtages 1, 40221 Düsseldorf

Möglichkeiten, Erwerbsunfähigkeitsrente zu erhalten, und den anderen Vorkehrungen, die älteren Erwerbslosen den Rückzug aus dem Arbeitsmarkt versperren, wurde dieses Problem noch verschärft.

Wir würden uns sehr freuen, wenn wir Ihr Verständnis für unsere Sicht der arbeitsmarktpolitischen Situation gewinnen könnten und stehen für den weiteren Gedankenaustausch sehr gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Anna Conrads MdL DIE LINKE

Sevim Dagdelen, MdB DIE LINKE